

„Dächer so einsetzen, dass Stadt Geld verdient“

Bürgersolaranlage Thema im Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation / Verwaltung stellt erstes Angebot vor

Obernkirchen. Da der Antrag von Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen), eine Bürgersolaranlage auf dem Dach des Obernkirchener Feuerwehrgerätehauses zu errichten, im Verwaltungsausschuss abgelehnt wurde (wir berichteten), sind jetzt neue Standorte im Gespräch. Erste Investitionsaufwendungen und Amortisationsberechnungen sind von der Verwaltung bereits ermittelt worden.

Im Ausschuss für Finanzen, Personal und Organisation am Montagabend hat Stadtkämmerer Wolfgang Seele das erste Angebot, eingeholt von einer renomierten Photovoltaikfirma und basierend auf möglichen Größenordnungen zur Verfügung stehender städtischer Gebäude, den Ausschuss-Mitgliedern vorgestellt – und ist nicht gerade auf Begeisterung gestoßen.

Das Angebot für eine Bürgersolaranlage, das sich insgesamt auf rund 120 000 Euro belaufe, beinhalte außer den 112 Modulen und dem entsprechenden Zubehör Materialkosten, Montagezeiten und Dachdeckerstunden, erklärte Seele. Die Fremdfinanzierung betrage 110 000 Euro, das Eigenkapital 10 000 Euro. Diese 10 000 Euro seien nachträglich im Haushalt eingeplant worden.

Bedenken äußerten vor allem Stübke und Martin Schulze-Elvert (CDU). „Dieses Angebot ist von der Amortisationsrechnung zu schlecht. Wir sollten das Ganze nochmal genau überlegen, bevor die Stadt zu solchen Konditionen greift“, machte Stübke deutlich und betonte zugleich, dass er als Ratsherr dieser Rechnung so nicht zustimmen werde. Außerdem müsse man dokumentieren, welche Dächer sich für die Installation einer Photovoltaikanlage eignen und wo die Stadt deutliche Vorteile hat.

Schulze-Elvert teilte diese Ansicht: „Wir müssen die städtischen Dachflächen so einsetzen, dass wir auch Geld verdienen. Gemeingut sollte als Gemeingut gewinnbringend eingesetzt werden – und das zu den besten Konditionen.“

Bürgermeister Oliver Schäfer (SPD) betonte, dass man zunächst gucken müsse, welches Dach sich eigne und wo eine solche Rechnung angebracht sei. „Prinzipiell sollten wir als Stadt aber versuchen, die Idee der Bürgersolaranlage umzusetzen“, erklärte er. Zugleich zog Schäfer in Erwägung, die Stadtwerke als möglichen Partner „mit ins Boot zu nehmen“.

Weiter diskutiert werden soll dieses Thema zunächst während der Ausschusssitzung für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU). clb